

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am vergangenen Sonntag hat der sozialistische Kandidat Francois Hollande in der ersten Runde der **Präsidentenwahlen** in **Frankreich** die meisten Stimmen auf sich vereinen können. Die Chancen stehen gut, dass er aus der Stichwahl am 6. Mai als Sieger hervorgeht. Ein Machtwechsel in Frankreich hat bedeutende Auswirkungen auf ganz Europa. Denn dann kann der konservative Kurs, der die Europäische Währungsunion in die Rezession und die Krisenstaaten in die Schuldenspirale getrieben hat, gebrochen werden. Mit einem sozialistischen französischen Präsidenten könnte ein Wachstumspakt für Europa beschlossen werden, der endlich Lösungen aufzeigt zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung von Wachstum in der Realwirtschaft. Denn mittlerweile zeigt sich besonders in den EU-Krisenstaaten, dass man nur mit Sparen nicht aus der Krise herauskommt, sondern dass sinnvolle Investitionen dringend notwendig sind! Nicht zuletzt wäre ein Sieg von Francois Hollande auch ein Zeichen für die Bundestagswahl 2013: Die Sozialdemokraten haben ein Rezept für Europa und können damit Wahlen gewinnen!

Denn dass die schwarz-gelbe Regierung dringend abgelöst werden muss, wurde diese Woche durch die unwürdige **Debatte um das Betreuungsgeld** erneut deutlich. Das Betreuungsgeld kostet 2 Milliarden Euro jährlich, damit Kinder nicht in den Kindergarten gehen. Das ist bildungs- und familienpolitischer Irrsinn – Frauen werden dafür bezahlt, wenn sie nicht in den Beruf zurückkehren, und Kinder besonders aus bildungsfernen Schichten werden von frühkindlicher Bildung in den Kindergärten abgehalten. Aus meiner eigenen Erfahrung als Familienvater weiß ich, dass man die Erziehungsarbeit der unzähligen Mütter und Väter



Berlin-Brief, Ausgabe 117
27. April 2012

Meine Termine

DGB-Demonstration mit anschließender Kundgebung zum 1. Mai

01.05.2012, 10.30 Uhr, Heilbronn, Start: Gartenstraße Ecke Karlstraße

Interkulturelles Frauenfrühstück

02.05.2012, 9 Uhr, Obersulm-Affaltrach, Evangelisches Gemeindehaus

Zukunftsdialog „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ mit der AfA Göppingen

02.05.2012, 18 Uhr, Eislingen, KSG-Gaststätte

Graduierungsfeier der Hochschule Heilbronn mit Festrede von J. Juratovic

04.05.2012, 16 Uhr, Heilbronn, Hochschule

Mitgliederversammlung SPD-Ortsverein Neckarsulm

04.05.2012, 19.30 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftsheim

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030-227-70107

josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn

Tel. 07131-783616

josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

in unserem Land nicht hoch genug schätzen kann. Aber das Betreuungsgeld ist dafür ganz sicher nicht der richtige Weg! Die CDU versucht sich nun an einem politischen Kuhhandel, um die Kritiker des Betreuungsgeldes in den eigenen Reihen zu besänftigen: Die Rentenanwartschaften von Eltern, deren Kinder älter als 20 Jahre sind, sollen angehoben werden. Das hat in der Sache überhaupt nichts mit dem Betreuungsgeld zu tun. Der Unsinn der „Fernhalteprämie“ Betreuungsgeld bleibt Unsinn. Zudem ist der Vorschlag nach hinten losgegangen: Zum Streit um das Betreuungsgeld kommt jetzt noch ein handfester Rentenkrach. Auch viele FDP- und CDU-Politiker protestieren gegen den Vorschlag. Denn die Anhebung der Rentenanwartschaften würde aufwachsend mindestens 7 Milliarden Euro im Jahr kosten, wenn nicht gar mehr. Union und FDP müssen sagen, wie sie das bezahlen wollen. Soll der Bund das aus Steuermitteln finanzieren? Oder werden die Arbeitnehmer mit höheren Abgaben belastet? Die CDU führt die Leute an der Nase herum, indem sie unausgelegene teure Ideen in die politische Debatte bringt. Unseriöse Ankündigungen und politische Täuschungsmanöver sind leider typisch für die Regierung Merkel.

Während der Osterpause gab es eine Debatte, dass das **Rederecht von Abgeordneten**, die nicht für die jeweilige Debatte von ihrer Fraktion benannt werden, eingeschränkt werden solle. Diese Vorschläge sind nicht ausgereift und werden so nicht kommen. Die Fraktionen hatten noch gar keine Gelegenheit, die Empfehlungen des Geschäftsordnungsausschusses zu beraten. Reformen der Geschäftsordnung sollten ausführlich diskutiert und möglichst im Konsens mit allen Fraktionen verabschiedet werden. Beides ist nicht geschehen. Deswegen wird es auch in der nächsten Woche keine Abstimmung dazu im Bundestag geben. Die SPD wird sicherstellen, dass auch in Zukunft abweichende Meinungen im Parlament zu Wort kommen können. Darüber hinaus werden wir die Debatte nutzen, um unsere Vorschläge für eine Reform der Debatten im Bundestag erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen weniger Rituale und mehr lebendige Diskussionen. Wir wollen mehr Leute für Demokratie interessieren. Das Parlament muss der zentrale sichtbare Ort der politischen Auseinandersetzung sein.

Im Anhang finden Sie eine **Rede**, die ich an diesem Donnerstag im Plenum des Bundestages gehalten habe. Darin geht es um die Pläne der EU-Kommission, höhere Eigenkapitalanforderungen an die deutschen Betriebsrenten zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

